

# Konsens im Konflikt suchen

**Eine neue Sozialpartnerschaft alter Prägung sei nötig, um die drängenden Zukunftsfragen lösen zu können, sagt Bernd Marin im SN-Interview.**

HERMANN FRÖSCHL

## INTERVIEW

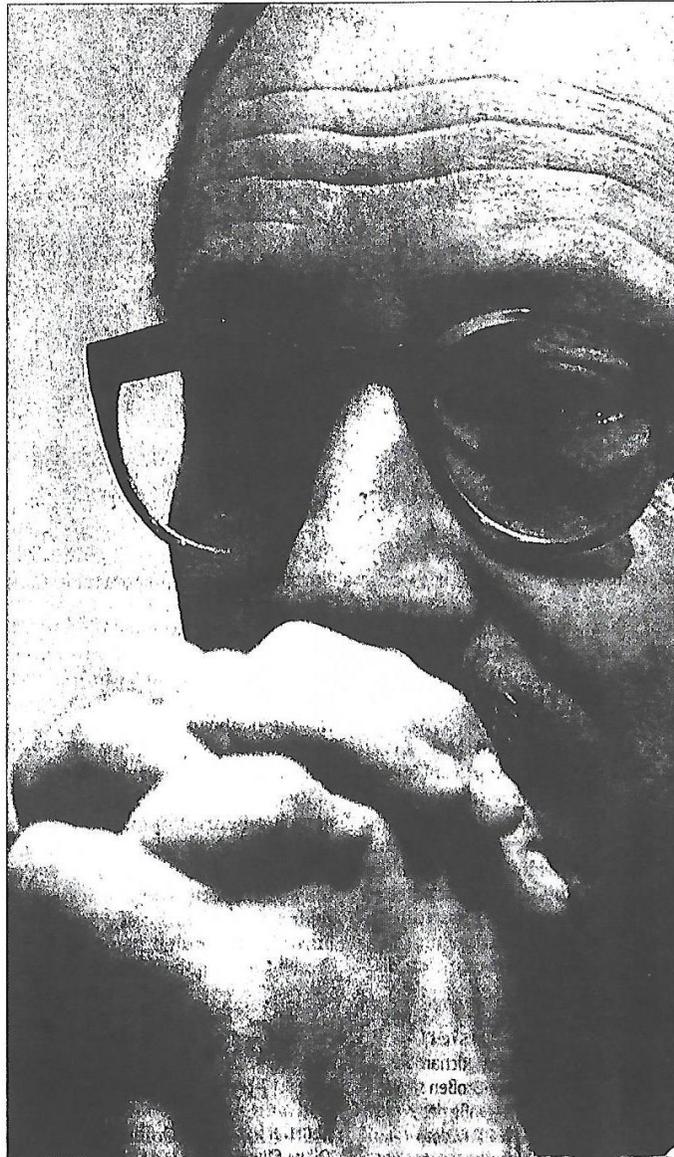
Bernd Marin ist einer breiten Öffentlichkeit zuletzt durch seine pointierten Expertisen zu den Pensionsreformen bekannt. Der Leiter des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung zählt zu den Vordenkern eines Wohlfahrtsstaates moderner Prägung im Land.

**SN:** Was war heuer das größte Geschenk der Regierung an die Bürger?

**Marin:** Da bin ich wirklich der falsche Ansprechpartner. Da müssen Sie schon die Regierung fragen.

**SN:** Ich meine, wurden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt?

**Marin:** Klar, etwa die Pensionsreform. Die ist kein Geschenk, hat aber sein müssen. Dass die Reform, auch die Harmonisierung überhaupt begonnen wurden, ist ein größeres Wunder. Nur ist noch kein beanspruchtes „Jahrhundertwerk“ wie etwa in Schweden, sondern vorerst eher eine „große halbe Sache“ daraus geworden, aber es wird schon noch werden. Derzeit gilt sie zum Beispiel für die über 50-Jährigen oder fast die Hälfte aller Beamten sowie alle Gemeinde- und Landesbediensteten gar nicht, da ist vieles unnötig versäumt worden.



Mittel- und Oberschicht weiter nach oben abhebt, verlieren rund 80 der Gesellschaft relativ. Das ist noch nicht dramatisch, aber der Wildwest- bzw. Wildostkapitalismus gräbt seine Spuren auch in Europa.

*„Oberste 20 Prozent  
heben finanziell ab, der  
Rest verliert relativ“*

**SN:** Haben wir eine Alternative dazu, wenn wir im Wettstreit mit neuen Kräften wie China bestehen wollen?

**Marin:** Wenn Sie mich als „citoyen“, als Person Bernd Marin fragen, ist klar: Ich möchte nicht in China leben, wo ein rüder, altliberaler und autoritärer Kapitalismus herrscht. Aber wir werden nur um so viel besser leben können als die „neuen Wilden“ in Asien oder Lateinamerika, als wir entweder fleißiger oder einfallsreicher, erfinderischer, letztlich eben produktiver sind. Wenn wir eine wertschöpfende und halbwegs friedliche Gesellschaft wollen, müssen wir schauen, dass niemand ganz abgekoppelt wird; gleichzeitig aber auch, dass jene, die den Arbeitskarren ziehen, erstens keine Minderheit bleiben mit einer Mehrheit von „Versorgungsklassen“ (Dahrendorf) auf dem Buckel, und zweitens nicht müde und mürbe werden, sondern motiviert für Hoch- und Höchstleistungen. Das ist ein Balanceakt, der ständiges Feinjustieren erfordert. Dafür gibt es keine Zauberformel, sondern nur Leitplanken: Nichts zu unternehmen, was ganze Gruppen aus der Gesellschaft drängt, aber auch nichts zu unternehmen, das die Erwerbstätigen demoralisiert. „Er-

## „Unternehmer so strukturkonservativ wie die Gewerkschaften“

**SN:** Wenn Sie einen Wunsch an die Politik frei hätten: Wie würde er lauten?

**Marin:** Dass Regierung und Opposition zu einer Kultur zurückfinden, die die Sozialpartnerschaft früher ausgezeichnet hat. Nämlich dass große Vorhaben, Existenzfragen des Landes aus der Tagespolitik herausgehalten und außer Streit gestellt wurden. Wie das geht, machen uns jetzt andere vor – etwa die skandinavischen Länder, die Niederlande und auch Spanien seit dem Moncloa- und jetzt Toledo-Pakt, gleichgültig ob es konservativ oder sozialistisch regiert wird. Und es zeigt sich: Wo Regierung, Unternehmensverbände und Gewerkschaften in großen Fragen einen gemeinsamen Weg gehen, geht mehr weiter, sind die Lösungen besser. In Österreich ist diese Tradition leider abhanden gekommen, ein letzter großer Erfolg war die Neuregelung der Abfertigung. Einerseits wird unsachlich blockiert, andererseits scheint auch die Regierung kein großes Interesse daran zu haben. Dabei wäre das Wiederaufleben einer neuen Sozialpartnerschaft mit gesamtwirtschaftlichen Qualitätsansprüchen und guter alter Disziplinierungsfähigkeit gegenüber Einzelinteressen ein echter Durchbruch, leider aber sehr unwahrscheinlich.

**SN:** Welche Zukunftsfragen sind es, die derartigen Konsens erforderten?

**Marin:** Neben der Pensionsfrage natürlich die Reform des Gesundheitssystems, das nicht nur viel teurer ist, als wir jahrzehntelang behauptet haben, sondern dessen Ausgaben vier Mal so schnell wachsen wie die Einnahmen; oder des Bildungswesens, wo beschämend wenig PISA-Leistung für sehr viel

Bernd Marin: „Sozialabbau ist entmutigend und fantasielos.“

BILD: SN/WILD&TEAM

Geld erzielt wird, also „no value for money“. Dann die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und einer nachhaltigen Finanzierbarkeit des Sozialstaats. Wichtig wird es sein, die Arbeitswelt neu zu organisieren. Da geht es nicht um die Abschaffung einzelner Feiertage oder längere Arbeit bei gleichem Lohn, sondern um produktiveres und flexibleres Arbeiten. Eine sozial verträgliche und familienfreundliche Arbeitszeitflexibilisierung ist die größte Produktivitätsreserve unserer Wirtschaft.

### „Humankapital wird vernichtet, Ältere werden hinausgemobbt“

**SN:** Man muss Zweifel haben, dass der Großteil der Unternehmer und Manager das genauso sieht.

**Marin:** Unternehmen müssen ihren Strukturkonservatismus ebenso ablegen wie Gewerkschaften. Einige Beispiele dazu: Die geringe Teilzeitquote in Österreich, vor allem bei Männern (nicht einmal ein Drittel des internationalen Niveaus), eine dramatisch schwache Wiedereinstiegsquote bei Frauen nach der Karenz, ebenso eine mangelnde Kultur, Arbeitnehmer in mittleren Jahren und darüber in den Unternehmen zu halten. Ich rede gar nicht von älteren Beschäftigten, wo die Erwerbsquote immer noch lächerlich gering ist. Das aber wird für die Wirtschaft von entscheidender Bedeutung, gerade wenn hunderttausende „prime agers“ zwischen 25 und 50 ausfallen werden und ein Großteil der 1,5 Millionen Erwerbsfähigen über 50 Jahren, der schon 2010 stärksten Kohorte auf dem Arbeitsmarkt, heute erwerbslos ist.

**SN:** Fehlt es noch am Bewusstsein?

**Marin:** Viele Betriebe arbeiten noch wie in den 1960ern, nicht wie im 21. Jahrhundert. Man weiß, dass viele Beschäftigte, besonders junge Eltern, gern „vollzeitnahe Teilzeit“, das heißt zwischen 25 und 35 Wochenstunden arbeiten würden. Aber wer bietet solche Jobs an? Dabei würde eine Flexibilisierung den Unternehmen große Vorteile bringen – etwa weniger Krankenstände und Abwesenheiten. Auch in Bezug auf so genannte ältere Arbeitnehmer wird es ein Umdenken geben müssen. Etwa, dass diese Mitarbeiter sehr produktiv sein, mit ihrer Erfahrung viel einbringen können. Dass wertvollstes Humankapital vernichtet wird, wenn man sie – wie oft zu beobachten – regelrecht hinausmobbt.

**SN:** Die Reformdebatten fokussieren sich meist auf Kürzungen. Gibt es nicht auch Chancen für den Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung?

**Marin:** Sozialabbau statt -umbau ist fantasielos und entmutigend. Man sollte nicht bloß auf den Druck durch den scharfen internationalen Wettbewerb hoffen, damit wir aus einer gewissen Trägheit wieder herauskommen. Bei den Spitzenleistungen in Wissenschaft oder Forschung und Entwicklung etwa hat Europa gegenüber den USA viel aufzuholen. Unser Plus ist der solide Mittelstand, ein hervorragendes Handwerk, eine sehr gute Ingenieurskultur, weniger unausgebildete Unterschichten, da sind wir weit besser als die USA. Dieser Umbau ist außerordentlich gut, nur müssen wir aufpassen, dass die Mittelschicht nicht ab- oder auseinanderdriftet. Eine Zerklüftung und Polarisierung der Gesellschaft wie etwa in den USA, Mexiko, Russland oder der Türkei sollte verhindert werden. Nur kommt der Mittelstand auch in Europa zunehmend unter Druck. Während die obere

werbstätigen demokratisiert, Erwerbsanreize mindert oder Erwerbsfähige öffentlich alimentiert erwerbslos lässt.

**SN:** Zum Beispiel...?

**Marin:** ... gibt es in Österreich hunderttausende gut ausgebildete Hausfrauen ohne Kinder oder hunderttausende „Hackler“-Frührentner – mit dem Resultat, dass weniger als drei Prozent bis 65 Jahre arbeiten! Das reicht allenfalls für zypriotische oder griechische, nicht aber für schweizerische, skandinavische oder österreichische Pensionsansprüche – noch dazu über ein Vierteljahrhundert Bezugsdauer.

**SN:** Wenn diese Hunderttausenden auf den Arbeitsmarkt strömten, gäbe es für sie derzeit aber keine Jobs.

**Marin:** Das ist ein Trugschluss. Vielmehr würden neue Jobs entstehen, die derzeit noch gar nicht angeboten werden. Je geringer die Erwerbsquote bei den Älteren ist, desto mehr Arbeitslose gibt es. Das mag erstmals widersprüchlich klingen, ist aber empirische Realität.